

GKV-Gesetz verabschiedet.

Information an unsere Patientinnen und Patienten · Juli 2026

*Herzlichen
Dank.*

Am 10. Juli 2026 hat der Bundestag das GKV-Beitragssatzstabilisierungsgesetz verabschiedet. Das Gesetz ist beschlossen. Wir danken allen Patientinnen und Patienten, die in den vergangenen Monaten mitgemacht haben – durch Briefe, E-Mails und Gespräche. Ihr Engagement war richtig und wichtig. Sie haben gezeigt, dass Ihnen eine funktionierende hausärztliche Versorgung am Herzen liegt.

Abstimmungsergebnis – 10. Juli 2026

Ergebnis	Stimmen	
Ja	318	Gesetz angenommen
Nein	284	
Enthaltung	4	
Gesamt	630	Mehrheit: 34 Stimmen Vorsprung

Abstimmung nach Fraktion:

Fraktion	Ja	Nein	Enthaltung	
CDU/CSU	207	1	0	Koalition – Ja
SPD	111	3	4	Koalition – Ja
AfD	0	141	0	Opposition – Nein
Bü90/Grüne	0	81	0	Opposition – Nein
Die Linke	0	56	0	Opposition – Nein

Die Koalition (CDU/CSU + SPD) hat das Gesetz gegen alle Oppositionsfraktionen durchgesetzt.

Ihre Essener Bundestagsabgeordneten

Die für Essen zuständigen Abgeordneten – und wie sie abgestimmt haben:

Wahlkreis	Abgeordnete/r	Partei	Votum
WK 117 · Mülheim–Essen I	Sebastian Fiedler	SPD	Ja
WK 117 · Mülheim–Essen I	Astrid Timmermann-Fechter	CDU/CSU	Ja
WK 118 · Essen II	Ingo Vogel	SPD	Ja
WK 119 · Essen III	Matthias Hauer	CDU/CSU	Ja
WK 119 · Essen III	Stefan Keuter	AfD	Dagegen

Was wurde nicht gehört?

Regierungskommission Krankenhaus, Ärzteverbände, Pflegeeinrichtungen, Physiotherapeuten, Psychotherapeuten, Hebammen und viele weitere Leistungserbringer hatten konkrete Reformvorschläge eingebracht – für bessere Strukturen, Bürokratieabbau und nachhaltige Versorgung. Keiner dieser Vorschläge wurde aufgegriffen.

Stattdessen: Kürzungen nach dem Rasenmäherprinzip, keine Pharmakostenverhandlungen, keine Begrenzung der Krankenkassenverwaltungskosten trotz Milliardenrücklagen, Streichung koordinierender und präventiver Hausarztleistungen.

Folgen für die Patientenversorgung

Was bedeutet das für Sie?

- Längere Wartezeiten auf Termine
- Weniger Zeit pro Konsultation
- Mögliche Einschränkungen bei einzelnen Leistungen
- Gefährdung weiterer Praxisstandorte, besonders auf dem Land

Jetzt sind die Krankenkassen gefordert

Kassen mit Milliardenrücklagen müssen sich fragen lassen: Wofür sind diese Mittel da, wenn nicht für die Versorgung ihrer Versicherten? Sprechen Sie Ihre Krankenkasse an – fragen Sie, wie sie die hausärztliche Versorgung konkret stärken will.

Was Sie weiter tun können

- 1** Abgeordneten kontaktieren – Abstimmung einsehen:
bundestag.de/parlament/plenum/abstimmung/abstimmung?id=1013
- 2** Krankenkasse ansprechen – Fragen Sie, wie Ihre Kasse die Hausarztversorgung stärkt.
- 3** Informiert bleiben – hausarztpraxen-retten.de